



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 127'091
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 24
Fläche: 27'386 mm²

Klimapolitik braucht mehr Markt

Politisch bedingtes Überangebot an Zertifikaten verhindert Lenkungswirkung. Von Giorgio V. Müller

Derzeit diskutieren im südafrikanischen Durban Politiker und Funktionäre, mit welchen Massnahmen und Regeln der unerwünschten Erderwärmung begegnet werden kann. Nach dem ernüchternden Resultat der letztjährigen Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen sind die Erwartungen an die 17. Auflage bescheiden. Am ehesten werden sich die Industrieländer verlässlichere Versprechen abringen lassen, wie viel Geld ihnen die Umweltanstrengungen der schnell wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländer wert sind, damit auch diese Massnahmen zur Eindämmung der CO₂-Emissionen treffen. Doch das Klima braucht stärkere Anreize als Transferzahlungen.

fikate in die neue Periode übertragen werden können, also nicht Ende Jahr wertlos verfallen. Nachdem die Wirtschaftskrise 2008 den CO₂-Preis bereits halbiert hatte, ist er in diesem Jahr weiter gefallen. Doch je geringer die Kosten für die Vermeidung einer Tonne CO₂ sind, desto schwächer ist die angestrebte Lenkungswirkung. Aufgrund der bisher bekannten Details in der Zuteilung der ab nächstem Jahr beginnenden neuen Periode – die erstmals auch die Luftfahrtunternehmen erfassen soll – scheint sich daran wenig verbessert zu haben.

Offen für neue Ansätze

Unwillkommene Preisentwicklung

Unter der mittlerweile verbreiteten These, dass nur durch eine Reduzierung des CO₂-Ausstosses die Klimaerwärmung in einem akzeptablen Ausmass gehalten werden könne, muss der «Übeltäter» mit einer Preisetikette versehen werden, die alle externen Kosten der Emissionen zum Ausdruck bringt. Mit einer zusätzlichen monetären Belastung der fossilen Energieträger begünstigt man die erneuerbaren Energien und das Energiesparen. Das funktioniert jedoch nur, wenn der Preis von CO₂ genügend hoch ist, damit sich im Konsum und in der Investition das Umschwenken hin zu umweltfreundlicheren Technologien lohnt. Damit dies passiert, wurde vor Jahren das System handelbarer Emissionszertifikate geschaffen, bei dem die Gesamtmenge der Emissionen politisch festgelegt wird. Vorerst basiert es aber nur auf dem 1997 in Kyoto ausgehandelten Protokoll, das lediglich einen Drittel der weltweit emittierten Menge des Treibhausgases abdeckt. Im international grössten und wichtigsten Emissionshandelssystem der EU wurden in der ersten Kyoto-Phase die Unternehmen, die ihre CO₂-Emissionen mit Zertifikaten kompensieren mussten, leider zu generös mit kostenlosen Zertifikaten versorgt. Schon nach der Hälfte der Zeit stürzten die Preise in den Keller. Im letzten Jahr (2007) waren die Emissionsrechte so gut wie wertlos.

Auch in der zweiten vierjährigen Periode, die Ende dieses Jahres ausläuft, scheint sich eine ähnliche Entwicklung abzuzeichnen; dies, obwohl dieses Mal die nicht gebrauchten Zerti-

fikate in die neue Periode übertragen werden können, also nicht Ende Jahr wertlos verfallen. Nachdem die Wirtschaftskrise 2008 den CO₂-Preis bereits halbiert hatte, ist er in diesem Jahr weiter gefallen. Doch je geringer die Kosten für die Vermeidung einer Tonne CO₂ sind, desto schwächer ist die angestrebte Lenkungswirkung. Aufgrund der bisher bekannten Details in der Zuteilung der ab nächstem Jahr beginnenden neuen Periode – die erstmals auch die Luftfahrtunternehmen erfassen soll – scheint sich daran wenig verbessert zu haben.

So wie der Handel mit Verschmutzungsrechten bisher noch kaum etwas für ein besseres Klima gebracht hat, so wenig zielführend ist die starre Vorgehensweise, einzelne Länder allein an der Menge ihrer CO₂-Emissionen zu messen. Verschiedene Untersuchungen zeigen auf, dass die durch den Güterkonsum eines Landes entstehenden Emissionen, also auch die ausserhalb der eigenen Grenzen anfallenden Emissionen bei der Herstellung der im Inland konsumierten Güter, ein realistischeres Bild der CO₂-Intensität einer Nation darstellen. Erst wenn der sogenannte Carbon-Footprint genommen wird, kommt das wahre Ausmass der Umweltbelastung der hochentwickelten Industrieländer zum Ausdruck. Als Bemessensgrundlage für künftige klimapolitische Verpflichtungen wäre der Carbon-Footprint eine geeignetere Kennzahl. Künftig müssten dann nicht die Emittenten, sondern die Importeure Emissionszertifikate erwerben, um den CO₂-Gehalt der eingeführten Güter zu kompensieren. Im Gegenzug würden die Exporte davon befreit, die Emissionskosten hätten die ausländischen Konsumenten zu tragen. Dass dies nur in einem geschlossenen System (im Idealfall der Welt) funktioniert, versteht sich von selbst. Zudem dürfte es keine Ausnahmeregelungen für gewisse Industrien oder einzelne Güter geben, wie das im heutigen Emissionshandelssystem der Fall ist. Erst wenn in der Klimapolitik die ökonomischen Anreize ihre Wirkung voll entfalten können, lässt sich die politisch vorgespurte Verhaltensänderung realisieren. Noch ist man nicht so weit.